



Zeitzeugen

Klinik soll bleiben - Ahrensburger Krankenhaus verteilt Aufkleber und sammelt Unterschriften, um Bettenabbau zu verhindern
(Ahrensburger Zeitung vom 4. Mai 2000)

Klinik soll bleiben



Arzthelferin Regina Lütjohann hat den auffälligen gelben Aufkleber an der Heckscheibe ihres Autos angebracht. Sie kämpft um den Erhalt ihres Arbeitsplatzes.
Foto: SÜLANK

Ahrensburger Krankenhaus verteilt Aufkleber und sammelt Unterschriften, um Bettenabbau zu verhindern

su/cv Ahrensburg – Patienten und Mitarbeiter der Klinik Ahrensburg demonstrieren für den Fortbestand des Krankenhauses an der Manhagener Allee. Eine Unterschriftensammlung ist ins Leben gerufen worden, und seit wenigen Tagen gibt es auch einen Aufkleber. Darauf steht in schwarzen Buchstaben auf gelbem Grund: „Klinik Ahrensburg muss bleiben!!!“

Wie berichtet, war in einem Gutachten der im Auftrag des Kieler Sozialministeriums tätigen Gesellschaft für Systemberatung im Gesundheitswesen (GSbG) angeregt worden, dass das private Krankenhaus in der Schlossstadt zwölf seiner 40 Betten abbauen müsse. Chefarzt Dr. Klaus Frenzel sieht aber unter diesen Voraussetzungen keine Zukunft für seine private Klinik.

Notdienst in Gefahr

Ehe er in die roten Zahlen schlitterte, müsse er die Klinik schließen, hatte Frenzel in der vergangenen Woche gegenüber der AZ gesagt. „Dann gäbe es an

Wochenenden, an Feiertagen und abends keine ärztliche Notversorgung mehr in Ahrensburg“, nennt der Klinikchef die Auswirkungen für die Bürger. Die Protestaktion ist gut angelaufen: Viele der 50 Mitarbeiter des Krankenhauses haben den Aufkleber schon an ihrem Auto angebracht. „Wir wollen die Sache publik machen“, sagt Arzthelferin Regina Lütjohann, die seit sechs Jahren in der Ambulanz arbeitet.

Auf der Unterschriftenliste haben sich innerhalb einer Woche 130 Patienten für den Erhalt der Klinik ausgesprochen. Etliche Listen sind noch im Umlauf.

Eine genaue Überprüfung der im Gutachten angeregten Veränderungen in den Krankenhäusern hat unterdessen der Verband der Krankenhausdirektoren (VKD) angekündigt. Den im Verband organisierten Chefärzten waren Ungereimtheiten aufgefallen, die sie nun überprüfen wollen. Auf Unverständnis stieß beispielsweise die Einordnung einzelner Operationen als Basis- oder Schwerpunktleistung. Letztere erlaubt längere Liegezeiten der Patienten in der Klinik. „Es ist

für die Ärzte in unseren Gremien nicht nachvollziehbar, weshalb eine Hüftoperation als Basisleistung mit kürzerer Verweildauer und eine Knieoperation als Schwerpunktleistung eingeordnet wird“, sagt der Verbandsvorsitzende Lothar Obst.

„Nicht nachvollziehbar“

Verwunderung habe auch die Ansicht der Gutachter ausgelöst, die komplizierte Behandlung von Leberzirrhose als Basis-, die Grippetherapie jedoch als Schwerpunktleistung anzusehen. Geklärt wissen möchte der VKD auch die Frage, warum Meningitis (Hirnhautentzündung) künftig in der Psychiatrie und nicht mehr von Internisten behandelt werden soll. „Insgesamt mehr als 20 Punkte sind für unsere Verbandsmitglieder in dem Gutachten nicht nachvollziehbar“, so Obst, Chef des Reinbeker St. Adolf-Stiftes. Beim Treffen Ende vergangener Woche ist deshalb beschlossen worden, bis Ende Mai eine umfangreiche Stellungnahme erarbeiten.